

In Vorbereitung des 50. Jahrestages des sogenannten Radikalenerlasses im Januar 2022 haben Sie kürzlich einen Appell an die Politik veröffentlicht. Darin fordern Sie die Rehabilitation für die Opfer von Berufsverboten. Was hat es damit auf sich?

Wir wollen erreichen, dass die Betroffenen dieses Unrechts endlich gesellschaftlich rehabilitiert und auch finanziell entschädigt werden. Nicht nur die etablierte Politik muss sich mit diesem Thema beschäftigen, sondern auch die Gewerkschaften müssen das. Schließlich gab es damals auch dort eine Reihe von Ausschlüssen linker Gewerkschafter, die aufgearbeitet werden müssen. Und in dieser Angelegenheit hat sich in den letzten Jahren bereits einiges getan. So unterstützen eine Reihe von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern unseren Aufruf und die darin erhobenen Forderungen.

Jetzt wollen wir den gesamten Komplex der Verfolgung, Diffamierung und Ächtung von Kommunistinnen und Kommunisten sowie anderen Linken und Friedensaktivisten zum 50. Jahrestag des »Radikalenerlasses« wieder ins Gedächtnis rufen, um noch mal deutlich zu machen, dass nach wie vor die Rehabilitation der Betroffenen ein großes Aufgabenfeld ist.

Wie viele Menschen waren von den staatlichen Repressalien betroffen?

Rund 3,5 Millionen Menschen wurden vom Inlandsgeheimdienst, dem sogenannten Verfassungsschutz, überprüft. Es gab rund 11.000 Berufsverbotsverfahren, 2.200 Disziplinarverfahren, 1.256 abgelehnte Bewerbungen und 265 Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst. Es geht uns aber nicht nur um die von Berufsverboten Betroffenen selbst, sondern auch um deren Angehörige und



THOMAS ROHNKE/EPF/IMAGO

Willi van Ooyen ist Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag und einer der Initiatoren des Aufrufs von Betroffenen des »Radikalenerlasses« an die Politik, der den Titel »Beenden Sie die Berufsverbotepolitik endlich offiziell!« trägt. In den 70er und 80er Jahren organisierte er mit der Deutschen Friedens-Union den internationalen und nationalen Protest gegen die Berufsverbote in der BRD. Von 2008 bis 2017 war er Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender der Partei Die Linke im Hessischen Landtag. Van Ooyen engagiert sich darüber hinaus bereits seit Jahrzehnten in außerparlamentarischen Bewegungen wie der Friedens- und Sozialforumsbewegung

Freunde, die ebenfalls unter den Repressionen gelitten haben. Es wurde ja schließlich auch eine gesellschaftliche Stimmung erzeugt, die sich gegen die Linke richtete. Die Repressalien und Gängeleien betrafen dabei nicht einzig »eingefleischte« Kommunistinnen und Kommunisten, sondern viele Friedensaktivistinnen und -aktivisten sowie viele Menschen in deren Umfeld, die im Grunde genommen eine solche Situation für sich als Erschwernis oder politische Einschränkung empfunden haben.

Wenn man heutzutage mit jüngeren Menschen über das Thema Berufsverbote spricht, werden diese meist im Zusammenhang mit der DDR genannt. Dass es im Westen der Republik Berufsverbote und Geheimdienstüberwachungen



Verfolgte des Naziregimes gehörten ebenso zu den Betroffenen wie Gewerkschafter oder Sozialdemokraten (Düsseldorf, 1977)

»Würde wiederherstellen«

Friedensbewegung unterstützt Aktionen anlässlich des 50. Jahrestages des »Radikalenerlasses«. Ein Gespräch mit Willi van Ooyen

gegeben hat, ist vielen jungen Bundesbürgerinnen und -bürgern unbekannt. Was ist da damals passiert? Warum durften viele Linke zum Beispiel nicht Postboten oder Lokführer werden?

Wir hatten hier in Frankfurt etliche Fälle. Beispielsweise Wolfgang Repp als Briefträger, der hier die Post ausgetragen hat (bis 1995 zählte die Bundespost zum öffentlichen Dienst, jW). Nur weil er Mitglied der DKP war und dort auch eine Kandidatur für eine Wahl angemeldet hatte, ist er verfolgt worden. Das traf viele im Postbereich. Das betraf auch viele im Eisenbahnbereich (die Bundesbahn gehörte bis 1994 ebenfalls zum öffentlichen Dienst, jW). Axel Seiderer zum Beispiel hier in Hessen, der im Grunde genommen wegen seiner Mitgliedschaft in der DKP verurteilt wurde und nicht mehr seinen Beruf ausüben durfte. In beiden Fällen war das natürlich dann auch ein wirklicher Einschnitt im Sinne einer beruflichen Perspektive. Es traf natürlich in aller Regel die Lehrerinnen und Lehrer und die Hochschulangehörigen stärker. Aber es war so, dass im Grunde genommen ein Klima erzeugt wurde, das wieder anknüpfte an das, was wir schon in den 1950er Jahren unter dem damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) hatten, dass Linke immer wieder neu verdächtigt und ausgegrenzt wurden und damit auch mit staatlichen Mitteln repressiv behandelt wurden.

Also hatten staatliche Gängelung und Berufsverbote Auswirkungen auf das gesamte Leben der Betroffenen?

Ja, das ist sicher so. Auch der psychische Druck auf die Menschen, die davon betroffen waren, war enorm. Nicht alle haben das durchgestanden. Diese Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit, mit den ganzen juristischen Prozessen, die dann über sie ergingen, da sind auch einige daran zerbrochen. Das war in diesem Klima natürlich auch menschlich eine Katastrophe, was der Staat sich da angemaßt hat.

War das Vorgehen des Staates vergleichbar mit der Kommunistenverfolgung unter McCarthy in den USA?

Von der Grundstimmung war es sicherlich identisch. Es knüpfte im Grunde

genommen an die Eröffnung des Kalten Kriegs mit der Frage der Remilitarisierung in den 1950er Jahren an. Das war sozusagen der gesellschaftliche Mainstream, der durchgesetzt wurde. Alle, die dort hinderlich waren, die wurden als Kommunisten verdächtigt und auch eingekerkert. Es ist ja bekannt, dass in den 1950er Jahren sehr viele Menschen, die sich für ein friedliches Miteinander eingesetzt haben, in den Gefängnissen gelandet sind. Und an diese Tradition knüpfte dann, als es mit der 68er-Bewegung eine aufständische Entwicklung gab, ab 1972 dieses Berufsverbot an, um die Linken zu isolieren, rauszudrängen und auch materiell zu strafen.

Wie reagiert denn die SPD aktuell auf Ihren Aufruf? Erhalten Sie Unterstützung?

Es gibt auch Unterstützer aus dem sozialdemokratischen Lager. Es gibt auch Menschen aus konservativen und liberalen Spektren, die zwar nie inhaltlich mit uns sympathisiert haben, aber der Auffassung sind und waren, dass die Freiheit der Gedanken ein großes Gut ist, dass man nicht staatlich indoktrinieren darf.

Und was erwarten Sie nun bezüglich der Wirkung Ihres Aufrufs?

Die damaligen Maßnahmen des Staates sollen inhaltlich als verfassungswidrig klargelegt werden. Im Grunde genommen soll die Rehabilitation auch dazu dienen, die Würde der einzelnen Betroffenen wiederherzustellen. Und dann geht es natürlich auch um materielle Entschädigung. Dafür, dass die Menschen tatsächlich durch diese Berufsverbotspraxis viele Einbußen hinnehmen mussten oder hinnehmen müssen. Zum Beispiel deshalb, weil sie jetzt mit verkürzten Rentenansprüchen dastehen.

Gibt es eigentlich auch Betroffene, die sagen, dass sie Ihre Initiative begrüßen, aber dass sie diese Büchse der Pandora für sich selbst nicht mehr öffnen möchten?

Ja, die gibt es sicherlich auch. Einzelne haben das Kämpfen aufgegeben. Das Ganze ist ja jetzt fast 50 Jahre her, und die übergroße Mehrheit der Betroffenen ist ja nun in einem gewissen Rentenalter. Einige von ihnen wollen diesen Kampf nicht wieder aufnehmen. Aber ich glaube, dass es richtig und wichtig ist, dass man an diesen Abschnitt der poli-

tischen Entwicklung erinnert, um noch mal deutlich zu machen, dass hier ein Unrechtssystem existiert hat und möglicherweise noch weiter existiert. Wenn ich nur an die Verfolgungen, die jetzt nach wie vor durch Verfassungsschutz und andere Geheimdienste stattfinden, denke. Das muss man brandmarken, damit das endlich mal aufhört.

Wie kann man Ihre Initiative unterstützen?

Man kann unseren Aufruf unterstützen und verbreiten. Wir werden natürlich weiterhin informieren, damit die Menschen mit diesem Anliegen dann auch größere Veranstaltungen mit organisieren helfen. In einigen Fällen geht es auch darum, materielle Hilfe für die Betroffenen zu mobilisieren. Wichtig ist, dass wir auf Länderebene den Protest gegenüber den verantwortlichen Regierungen voranbringen. Wir wollen zum 50. Jahrestag des »Radikalenerlasses« eine größere Veranstaltung organisieren, damit dieses Thema wachgehalten wird und damit es zu entscheidenden Veränderungen in der konkreten Politik für die betroffenen Menschen kommt.

Wie schwierig ist die Umsetzung Ihrer Forderungen, wenn man überlegt, dass es aktuell einen Rechtsruck in diesem Land gibt, der sich ja nicht nur an der AfD festmachen lässt? Konkret: Ist die gesellschaftliche Stimmung aktuell günstig dafür, solche Forderungen wie die Ihrer Initiative aufzustellen?

Die Widerständigkeit ist sicherlich ein ganz wichtiger Punkt. Denn wenn man den Widerstand aufgibt, dann resigniert man und trägt dazu bei, dass viele andere ebenfalls nicht mutig werden, um Widerstand zu organisieren. Natürlich führt die Rechtsentwicklung dazu, dass der Versuch, linke Positionen aus dem gesellschaftlichen Kontext rauszudrängen, immer wieder neu aufgelegt wird. Deshalb ist es ganz wichtig, solche historischen Etappen, die wir hinter uns gebracht haben, auch zu beleuchten und vielleicht auch neue Formen der Solidarität zu entwickeln. Und es ist ja ganz interessant, dass vor allen Dingen im gewerkschaftlichen Bereich hier ein ziemlich starkes Umdenken in den letzten Jahren stattgefunden hat.

Interview: Markus Bernhardt

Hintergrund Verfolgungsfuror aufklären

Anlässlich des 50. Jahrestages des sogenannten Radikalenerlasses in der BRD im Januar 2022 rufen verschiedene Persönlichkeiten und Organisationen dazu auf, die Opfer der staatlichen Repressions- und Diffamierungspolitik zu rehabilitieren und finanziell für das erlittene Unrecht zu entschädigen. Einen entsprechenden Aufruf haben Klaus Lipps, Sprecher des Bundesarbeitsausschusses der Initiativen gegen die Berufsverbote, und die von Berufsverboten Betroffenen Silvia Gingold, Werner Siebler, Dorothea Vogt, Matthias Wietzer und Michael Csaszkóczy initiiert. Unterstützt wird dieser von einer Reihe von Bundestagsabgeordneten, dem Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Die Linke), von Wissenschaftlern, Künstlerinnen und Künstlern wie der Auschwitz-Überlebenden und Sängerin Esther Bejarano oder dem Liedermacher Hannes Wader, sowie von Jörg Hofmann, dem Ersten Vorsitzenden der IG Metall, dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann, dem Verdi-Chef Frank Werneke, der GEW-Vorsitzenden Marlies Tepe.

»Wir planen, unsere Unterschriftensammlung das ganze Jahr hindurch fortzuführen«, so Klaus Lipps aus Baden-Baden, der als Lehrer selbst jahrelang und schließlich erfolgreich gegen sein Berufsverbot kämpfte. »Wir werden mit zahlreichen Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet auf das Unrecht von damals, das bis heute fortwirkt, aufmerksam machen«, so Lipps auf der Internetseite der Initiative. Das gelte insbesondere für die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg, die eine Aufarbeitung des Radikalenerlasses bis heute verweigerten bzw. ihn in abgewandelter Form weiter verwendeten. Betroffen von der staatlichen Repressionspolitik, die mit einer gesellschaftlichen Ächtung und persönlicher Diffamierung einherging, waren beileibe nicht einzig Kommunistinnen und Kommunisten, sondern auch linke Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Aktivistinnen und Aktivistinnen aus der Friedensbewegung, Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und teils sogar linke Mitglieder der SPD.

»Das erlittene Unrecht darf nicht in Vergessenheit geraten. Die Tausenden Opfer des sogenannten Radikalenerlasses und der Berufsverbotspolitik müssen endlich rehabilitiert und entschädigt werden«, forderte Patrik Köbele, Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), deren Mitglieder und Anhänger vor allen Dingen ins Visier der Behörden und Inlandsgeheimdienste geraten waren, am Dienstag auf jW-Anfrage. Der Antikommunismus war nicht nur die Grundtorheit des letzten Jahrhunderts. Er hatte schwerwiegende Folgen für die vielen Menschen, deren einziges Vergehen gewesen sei, sich gegen Faschismus, Militarisierung und Krieg engagiert zu haben, so Köbele weiter.

(bern)

http://www.berufsverbote.de